

Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt - Telegr. Adr.: Volkszeitung Wiesbaden
Dienstag 10 September
Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden Mit religiösem Sonntagsblatt
Bezugspreis für das Vierteljahr 3 Mark, für den Monat 1 Mark, frei ins Haus; durch die Post für das Vierteljahr 3,42 Mark, monatlich 1,14 Mark mit Belegbogen. - Anzeigenpreis: 20 Pfg. für die kleine Zeile, für auswärtige Anzeigen 30 Pfg., Reklamezeile 1,50 Mark; bei Wiederholungen wird entsprechender Nachlass gewährt. Schluss der Anzeigenannahme: für größere Anzeigen am Abend vor dem Erscheinungstage um 6 Uhr, für kleinere Anzeigen morgens 9 Uhr.
Polstschreib-Konto: Nr. 1832 beim Postfachamt Frankfurt a. M.
Nr. 210 - 1918
36. Jahrgang

Die neuen Krisengerüchte Friedenspolitiker

Das große Geheimnis, das seit einigen Tagen in der deutschen und neutralen Presse sein Rätsel gelöst hat, ist nun entwirrt worden. Man hatte nach den merkwürdigen Andeutungen mancher erwarteten, nun hat der freisinnige Berg ein wenig Licht in die Dunkelheit gebracht. Der Tatbestand ist im Januar dieses Jahres anscheinend festgestellt worden, eine Aussprache zwischen deutschen und englischen Parlamentariern herbeizuführen. Die Reichstagsmehrheit war bereit, in der Schweiz an diesen Verhandlungen teilzunehmen und bestimmte bereits ein Triumvirat. Deutschlands Regierung wurde von den Absichten der drei Abgeordneten unterrichtet. Von englischer Seite sollte je ein Vertreter der drei großen Parteien teilnehmen. Ob nun England bereits bestimmte Politiker in Aussicht genommen waren, wird verschämt verschwiegen, nur heißt der „Vorwärts“ fest, daß auf einen vorläufigen Eingriff Lord Georges der ganze Versuch ins Wasser fiel. So interessant nach mancher Richtung hin eine derartige Besprechung hätte werden können, eine entscheidende Wendung war durch sie doch nicht zu erwarten. Man wollte die bekannte Reichstagsentscheidung und die vierzehn Punkte Wilsons zur Grundlage der Verhandlungen machen. Es ist nicht einzusehen, welche Fortschritte eine solche Besprechung hätte bringen können. Denn Unklarheit besteht auf keiner Seite. Die Briten wissen ganz genau, unter welchen Bedingungen wir Frieden zu machen bereit sind, während wir umgekehrt das gleiche von den Alliierten wissen. Denn wir verwerfen die Reden der feindlichen Kriegsmänner, die wahrlich an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. So lange die Verschönerungsreden auf feindlicher Seite gehalten werden, hat es keinen Sinn, hohlgeld nach der Schweiz anzugehen und unnütz viel Zeit zu verstreuen. Den drei Männern würde es wahrscheinlich nicht anders ergangen sein, wie den deutschen Sozialisten, die frohen Mutes nach Stockholm pilgerten und nachher beschämt eingelenkt, daß ein furchtbarer Haß gegen das wirtschaftliche Aufsteigen Deutschlands alle Welt ersehe, daß man darum vorerst nichts anderes tun könne, als zwar zum Frieden bereit, daneben aber zum Kampf entschlossen zu sein.

Besprechungen unmaßgeblicher Persönlichkeiten haben nur dann einen Sinn, wenn auf beiden Seiten die Gleichzeitigkeit besteht, die „neuen und neueren Tage“, von denen Wilson spricht, sofort anbrechen zu lassen. Man kann sich ja denken, daß keine der beiden Parteien offiziell mit einem Friedensangebot an die Öffentlichkeit treten will, daß darum Mittelspersonen vorgezogen werden. Aber wir haben neben anderen neutralen Ländern auch die Schweiz, wo sich die gewerkschaftlichen Friedenspolitiker tagaus, togein treffen. Wäre nicht auf der anderen Seite Genetigkeit zum Abschluß des Krieges vorhanden, so würden sich Tausende von Mitteln und Wegen finden lassen, um binnen weniger Stunden offizielle Verhandlungen einzuleiten. Es war eine große Täuschung, auf den Leim Wilsons, auf die vierzehn Grundzüge für die künftige Gestaltung der Welt zu treten. Man verkannte eben, von welchem feindlichen Gesichtspunkte der Präsident der Vereinigten Staaten ausging. Nur mit einem besiegten Deutschland will er Verhandlungen anknüpfen. Gerade die jüngsten Kundgebungen aus Amerika beweisen ja klar und deutlich, daß von der Kriegsgewalt unbändige Formen angenommen hat. Zur Abwechslung wird jetzt einmal wieder Theodore Roosevelt vorgeführt, der Vordenker der Berliner Universitäts- und geistliche Wut des Deutschen Reiches. Er macht ganze Arbeit, indem er das wildeste Annektionsgeschrei erhebt und Ziele verkündet, welche die Entente in besseren Tagen aufstellte. Jerttrümmung Deutschlands, Österreich-Ungarns und der Türkei — das ist seine Lösung. Mag sein, daß Roosevelt als Privatmann spricht, aber hinter ihm stehen interessierte Kreise, die wiederum Wilson schieben und drängen. Der Unterschied zwischen Wilson und Roosevelt liegt überhaupt nur in dem Worte, nicht in dem Sinne. Der eine tritt als Philosoph von falscher Moral und Deutlichkeit, während der andere als Politiker die moralischen Gedanken in konkrete Formen kleidet. Dem Wesen nach sind Wilson und Roosevelt ein Herz und eine Seele. Die Anerkennung der Tschecho-Slowaken ist des Beweises genug für die Kriegspolitik der Vereinigten Staaten. Denn mit der Anerkennung hat Wilson offen ausgesprochen, daß er für die Teilung der Donaumonarchie eintritt. Die europäischen Alliierten aber befinden sich heute völlig im Schleptau der Vereinigten Staaten. Sie werden kämpfen müssen, so lange es Herrn Wilson gefällt, so lange sie nicht völlig zusammengebrochen sind. Wilson könnte den Frieden bringen, aber er will den Kampf bis zur völligen Zerkümmern Europas.

Die damalige Besprechung in der Schweiz sollte in einem hochbedeutungsvollen Augenblicke erfolgen. Anfang war das Krieges Auge geworden und hatte um die Wende des Jahres gezeigt, daß es um jeden Preis Frieden zu schließen bereit sei. Lange Verhandlungen haben zwischen den Bolschewiken und den westlichen Ententemächten stattgefunden. Durch den fälschlich veröffentlichten Brief eines hohen französischen Marinebeamten

wandfrei die interessante Tatsache festgestellt worden, daß auch Venin und Trothel besetzt waren, mit Hilfe Frankreichs und Englands den Frieden zu verhindern. Nur der schnelle deutsche Vormarsch durchkreuzte alle sauberen Pläne. Die Entente konnte keine Rettung bringen, damit war der Friede von Vich-Nomast fertig. Die jetzige Politik der Alliierten gegenüber Rußland, der Rand und Mord an allem, was ruffisch ist, die erregten Differenzen der Sowjets — das und manches andere beweist, wie Frankreich und England nur Kriegspolitik betreiben. So war es vor einem Jahr, so ist es heute. Und danach haben wir uns zu richten.

Der deutsche Bericht Großes Hauptquartier, 8. September. (H. A. Amlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:
Geheime Gruppen Anzupring Rupprecht und Doehm. Derliche Rupprecht nördlich vom Ploegherterwade und am La Basse-Kanal. Nördlich von Armentières griff der Feind von neuem an; wir wiesen ihn ab und machten Gelangens. Im Kanal-Abchnitt Armentières-Raincourt Artilleriegefecht und Gefangenschaft. Südlich der Straße Peronne-Cambrai schickte der Feind keine Angriffe unter Einhalt härtester Kräfte gegen die Linie Gouzeau-Conte-Spichard nördlich von Pempin fort; sie schickten unter schweren Verlusten für den Gegner. Unsere Vorposten vertriehen getrennt überlegenen Feinde das Vordringen über St. Simon und den Gouzeau-Kanal. Gefangenschaft zwischen Oise und Ailette. Zwischen Ailette und Aisne brach der Feind nach mehreren vergeblichen Teilangriffen gegen Abend in geschlossenem Angriff vor; er wurde auf der ganzen Front, teilweise im Aufstumpfen und durch Gegenstoß blutig abgewiesen. Zwischen Aisne und Vesle schickten Teilangriffe, in der Champagne Teilangriffe des Gegners.

Aus einem englischen Geiswader, das zum Angriff auf Mannheim vorrückte, wurden fünf Flugzeuge abgeschossen.

Im August wurden an den deutschen Fronten 565 feindliche Flugzeuge, davon 88 durch unsere Flugabwehr abgeschossen, und 58 Heißballone abgeschossen. Hier von sind 251 Flugzeuge in unseren Besitz, der Rest ist jenseits der feindlichen Linien erkennbar abgeschossen. Wir haben im Kampf 145 Flugzeuge und 88 Heißballone verloren.

Abendbericht
Berlin, 8. Sept. (H. A. Amlich.) Seitdem der Straße Peronne-Cambrai sind erneute Angriffe der Engländer gescheitert. Von den übrigen Kampffronten nichts Neues.

Veränderungen?

Seit einigen Tagen wird in Berlin wieder Ministerkürzerei betrieben. Daß es so kommen würde, und daß wir weißlos dicht vor einer innerpolitischen Aktion stehen, kann nicht zweifelhaft sein. Die Gründe sind leicht durchsichtig, wir werden auf sie noch zurückkommen. Für heute sei eine Berliner Meldung der „Frankf. Ztg.“ wiedergegeben:

„Blätter verschiedener Parteien beschäftigen sich mit einer aus Wien kommenden Meldung, wonach in dortigen parlamentarischen Kreisen verlautet, die Besprechungen zwischen der österreich-ungarischen Regierung und dem Staatssekretär v. Hinde hätten fast ausschließlich der gesamten außenpolitischen Lage gewidmet. Das ist möglich und ist sogar, wenn noch als Hauptpunkt der Besprechungen die polnische Frage angegeben wird, wahrscheinlich, nicht nur wegen des Zusammenhanges, in dem diese Einzelfrage mit der Gesamtfrage steht, sondern auch, weil die gegenwärtig leitenden Minister der verbündeten Staaten wohl kaum miteinander zusammenkommen werden ohne die gesamte außenpolitische Lage zu besprechen. Das ergibt sich aus der Art dieser Lage. Weiter sagt diese Meldung aus Wien, man glaube dort, daß in Deutschland wie in Österreich-Ungarn wichtige Änderungen in leitenden Stellen bevorstünden. In Berlin werde Graf Hertling von seinem Posten scheiden und durch Dr. Solfer fest werden, und in Wiener diplomatischen Kreisen verlautet, daß demnach die Herren Erzberger und Scheidemann als Vertreter ihrer Parteien in die Regierung eintreten würden.“

Diese Mitteilungen aus Wien drängen in die etwas plumpe Form einer telegraphischen Zeitungsnachricht Gedanken und Erörterungen zusammen, die nicht erst seit heute und gestern, sondern auf Grund der Entwicklung der Dinge in den letzten Wochen schon seit einiger Zeit bei uns Politiker, Parlamentarier und Staatsmänner beschäftigen. Es ist auf Grund der konkreten Ereignisse der letzten Zeit auch für den, der die Tatsache des Reichstages und seiner Mehrheit nicht überschätzt, doch im höchsten Grade wahrscheinlich, daß sich diese Mehrheit beim nächsten Zusammentritt des Reichstages, Anfang November, oder auch schon vorher, beim Volksantritt des großen Aufschusses im Oktober oder sogar schon demnächst im interfraktionellen Ausschuss der Reichstagspartei bergewässert — so wie das nicht schon, ohne Wissen der Öffentlichkeit, in einzelnen wichtigen Fragen geschehen ist — ob die Reichsregierung jetzt fest entschlossen und hart genug ist, offen und ehrlich die Politik eines

Verständigungsriedens zu vertreten, deren Grundzüge in der bekannten Entschliessung der Reichstagsmehrheit niedergelegt sind, und die bisher an Anhängern gewonnen hat. In enger Verbindung damit wird sich die hier noch größere Mehrheit des Reichstages, die in neuer Reformen als ein wichtiges Mittel zur Erhaltung unserer Kraft im Völkertumpe ansieht, die Gewissheit verschaffen, ob die Reichsregierung für diese Reformen, also in erster Linie für das Zustandekommen des gleichen Wahlrechts in Preußen, mit Erfolg eintreten will und kann. Sollte sich die Reichsregierung für die Erfüllung dieser von der Mehrheit des Reichstages verfolgten wichtigsten Angelegenheiten unserer auswärtigen und inneren Politik als zu schwach oder sonst nicht geeignet erweisen, so würde ein Personenwechsel innerhalb der Regierung sehr nahe liegen und gewiß auch nicht ausbleiben. In diesem Zusammenhang haben Politiker sehr verschiedener Stellung und sehr verschiedener Richtung in der Erörterung der Konsequenzen, die sich in nächster Zeit als notwendig erheben können, auch daran gedacht, daß sich unter den neuen Männern, die in die Regierung eintreten können, im Interesse der Erhaltung der inneren Einheit und Kraft auch ein geeigneter Führer der Sozialdemokratie befinden müsse. Das sind Gedanken, die bei dem Gang der Ereignisse auch solche dazwischen beschließen, die vor dem Kriege und in diesen früheren Stadien von einer solchen Entwicklung nichts hatten wissen wollen. Der Krieg hat bisher schon in allen Ländern ungehörte Entwicklungen unwiderstehlich erzwingen, am wenigsten noch bei uns; aber nur ungewöhnliche Nützlichkeit und ein Annehmen an das Alte können darüber täuschen, daß er seine zermürbende Kraft nicht auch bei uns über Nacht

Eine richtige Ansicht

Rein, 9. Sept. (Privattelegramm.) Zu den in der Presse auftauchenden Krisengerüchten schreibt die „Allg. Ztg.“ aus Berlin: Da haben wir denn wieder einmal, und zwar diesmal aus dem Auslande herübergeleitet, das Spiel der Gerüchte. Es spielt zu allen Zeiten, ist aber heute wahrscheinlich ein höchst bedenkliches Spiel. Man fragt sich vergebens, ob deutsche Politiker jetzt, da der Lebenskampf des Verbandes seine Grenzen mehr leuchtend vornehmten können, eine Botschaft zu senden, als ob wir aus einer neuen Krise näherten. Tatsächlich liegen für solche keinerlei Anzeichen vor. Die gefühlte parlamentarische Hand des Grafen Hertling hat sich wirklich schwergeleitet gegenüber so bewährter, daß man die Fähigkeit des Kanzlers gerade heute nicht unterschätzen sollte. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß der Kanzler dem Auslande gegenüber Ansehen besitzt, so daß es unmöglich sein sollte und muß, auf dem Wege der Stimmungsmache diese Stellung zu erschüttern. Vor allem aber vor allem ankommt, ist, daß es ein politischer Unfug ist, in der gegenwärtigen Zeit mit dem Gedanken einer Regierungskürzerei zu spielen. Wir haben wirklich Wichtiges zu tun, als die Gegenseite, die Graf Hertling mit seiner reifen Erfahrung und Weislichkeit zu überbrücken weiß, aufzureißen. Einigkeit, politische Disziplin und Zurückhaltung der Gegenseite, das ist die Lösung des Tages. Diejenigen, die die Krisengerüchte auch nur weiterverbreiten, verstoßen auf schwere Tage.

Krieg und Frieden

Ein vielstündiger Vortrag

Rein, 8. Sept. Wie aus Genf berichtet wird, hat die französische Regierung Mitte August ein Manifest in allen Arbeiterzentren Frankreichs verbreiten lassen, dessen Inhalt folgender ist: „Die Regierung appelliert an die Einsicht der Arbeiterklasse, die durch eine bedrohliche Agitation der Sieg der Alliierten, der höchsten und einzigen Monate (1) auf sich warten lassen kann, gefährdet. Die Arbeiter haben Anrecht, wenn sie jetzt verlangen, daß kein Blut mehr vergossen wird, und daß man in Friedensverhandlungen eintreten soll. Die letzten Opfer, so schmerzhaft sie auch sein mögen, müssen gebracht werden, um den endgültigen Sieg zu sichern. Wenn dieser erst erlangt ist, wird man die Strafen berichtigten milde rufen, die ihre Pflicht dem Vaterland gegenüber nicht ganz erfüllt haben. Eine andere Handlungsweise heißt das Vaterland verraten. Jede Betätigung der Arbeiterklasse, die die Ruhe stört, die für den augenblicklichen Gang der Ereignisse unbedingt erforderlich ist, wird mit der größten Schärfe verfolgt werden.“

Es muß nicht gerade nötig um die Stimmung in Frankreich bestellt sein, wenn Clemenceau in ihrer gewöhnlichen Aufrechterhaltung sich derartiger Mittel bedienen muß.

Englands Arbeiter und der Krieg

Bern, 9. Sept. (H. A.) Der dritte Verhandlungstag des britischen Gewerkschaftskongresses galt der Erledigung der von zahlreichen Seiten beantragten verschiedenen formulierten Friedensentscheidungen. Abgesehen von der provozierenden Rede Havelock Wilsons verließ die Aussprache ununterbrochen ruhig, da, wie der Sonderberichterstatter der „Daily News“ mitteilt, die hervorragenden Vertreter der verschiedenen, vom sofortigen Verständigungsriedens bis zum entschiedenen Gewaltfrieden gehenden Richtungen vor der Eröffnung der Verhandlung sich auf eine einstimmige Entschliessung geeinigt hatten, die folgenden Wortlaut hat: Dieser Kongress bekräftigt die Entschliessung des Kongresses zu Blackpool und erklärt um Erklärung der Kriegsziele der internationalen Konferenz in London, welche fordern, daß jede arbiträre Macht aufgegeben, die für sich im geheimen und nach freiem Ermessen den Frieden der Welt stören kann, vernichtet werde, oder, falls die Vernichtung un-

möglich ist, zum wenigsten zu virtueller Machtlosigkeit gebracht werde. Es fordert weiter, daß, wenn bei Friedenskonferenzen der Frieden erörtert wird, eine angemessene Vertretung der Arbeiterklasse zugelassen werde. Der Kongress ersucht die Regierung, sofort Friedensverhandlungen zu eröffnen, sobald der Feind die willig oder gezwungen Frankreich und Belgien räumt und sich erneut an den Grundsätzen der Internationalen bekennt, als der sichersten Garantie für den Weltfrieden.

Der Abgeordnete Thomas von der Eisenbahner-Union bekräftigte die Annahme der Entschliessung, indem er ausführte, daß unbeschadet der verschiedenen Ansichten über den Krieg unter der Arbeiterklasse volle Einigkeit darüber herrsche, daß sie das Recht habe, zu bestimmen, was die Friedensbedingungen sein sollen. Unsere Sache ist es, mit der Erfahrung von vier Kriegsjahren weiter zu kämpfen, bis die Ursache aller Kriege, nämlich der Militarismus, beseitigt ist. Zeit und in diesem Jubiläumsjahre unseres Kongresses sagen: Nicht nur aus dem Zusammenhalt der Arbeiterklasse, sondern auch aus der Liebe der furchtbaren Hölle dieses Gewerkschafts soll die Bewegung entstehen, die nicht lokal und national, sondern international ist, auf daß die Arbeiter der Welt wissen mögen, daß die Brüderlichkeit der Menschheit die beste Bürgschaft für den Frieden ist. (Lebter Beifall.)

Der nächste Redner war der Pazifist Turner vom Textilarbeiterverband. Turner sagte weiter: Die Deutschen, die Österreich und Türen zu töten, die sie ausgerottet hat (Lärm: Jamahil), das erscheint uns als die richtige Politik. Ist sie aber, ein paar Millionen unserer Männer mehr zu verlieren? Ich möchte lieber mit Thomas reden, ob es nicht einen Weg gibt, damit die Arbeiterklasse aller Länder dem Hintergehen Einhalt tun kann? Nahe mag das sein, aber Nahe ist für mich und viele andere wieder Philosophie noch Religion. Für die Mütter des britischen Reiches würde es seinen Wert haben, wenn wie eine Million Deutsche tödten und dabei hunderttausend ihrer Söhne verloren gehen. Wir wollen den Militarismus vernichten, aber es besteht die Gefahr, daß wir, wenn wir hier gewisse Mächte ermutigen, die unsere Preise leiten und unseren Premierminister führen, ein System aufrichten, das demjenigen, welches wir in Deutschland bekämpfen, sehr ähnlich ist. (Beifall: Lärm für Northcliffe!) Lasset uns daher einen Ausweg finden, diesen Krieg und alle Kriege zu beenden. (Beifall.) Tritt von der Sozialarbeiter-Union bekräftigte die deutschen Sozialdemokraten, die Sache der Demokratie freigegeben zu haben. Havelock Wilson von der Seemanns-Union sprach scharf und jähzornig gegen die Entschliessung. Er protestierte dagegen, daß Friedensverhandlungen beginnen sollten, wenn Frankreich und Belgien von den Deutschen geküßert wären. Denn man dürfe Rußland nicht vergessen. Nach Schluß der Aussprache wurde die Entschliessung gegen nur sechs Stimmen angenommen.

Nur unter einer Voraussetzung...

Rotterdam, 8. Sept. Der „Courant“ meldet aus London, die Stimmung im englischen Volke sei nach übereinstimmenden Meldungen derart, daß man die größten Opfer nur unter der Voraussetzung willig hinbringe, daß noch der Friede im Laufe des Jahres erkämpft werden werde. Die „Morningpost“ berichtete noch am Samstag, daß noch bei seinem letzten Besuch in Reims von neuem sagte, daß mit Ablauf dieses Jahres auch in Reims der Widerstand der bürgerlichen Tätigkeit einsehen werde.

Ein lässlicher Minister über die Lage

Dresden, 8. Aug. Im feierlichen des Hauses der Kaufmannschaft beglügen heute nachmittags die „Dresdner Neuen Nachrichten“ die Feier ihres fünfundsiebenzigjährigen Bestehens. Staats- und Ortsbehörden, Industrie, Handel und Künstlerwelt hatten eine glänzende Schaar von Vertretern entsandt. Dabei brachte der Minister des Innern, Graf Bismarck von Gleditz, die Glückwünsche der Staatsregierung zum Ausdruck, und kam im Anschluß hieran auf die Aufgaben der Presse zu sprechen. Die Presse müsse, zumal in dieser ersten Kriegszeit, stets auf eine Verständigung, und nicht auf Zwietracht hinarbeiten. Es sei daher eine lohnende Aufgabe, die vorhandenen Gegensätze zwischen Stadt und Land, zwischen Erzeuger und Verbraucher, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu schlichten und zu klären. Dies gelte vor allem für die Fragen der Kriegspolitik. Hier sei fast keine Brücke zur Verständigung mehr vorhanden zwischen den sogenannten Pazifisten und Raumachern und der Kriegsverlängerern und Annerkennung. Und doch, fuhr der Minister fort, müssen wir immer wieder einen Versuch machen, uns zu sammeln. Das ist freilich nur möglich unter dem festen Entschluß des Durchhaltens. Es wurde über Friedensbereitschaft und Friedensbereitschaft schon so viel geschrieben, daß man sagen kann, je mehr man davon hören redet, um so ferner rückt er. Aus den Reihen der gegnerischen Staatsmänner wissen wir ja nun, daß die Erfolge die Feinde in einen Siegestaumel versetzt haben, aus dem heraus sie nicht nur jedes Friedensangebot ablehnen, sondern auch Kriegsziele entstellen, die die nötige Vernichtung des deutschen Wohlstandes und der deutschen Kultur zur Folge haben müßten. Der Friede, den sie uns in Aussicht stellen, ist überhaupt kein Friede mehr zwischen zwei Gegnern, die ihre gegenseitige Lebensberechtigung anerkennen, sondern die Eroberung Deutschlands. Diesen Gegnern gegenüber erscheint ein jeder Versuch der Verständigung ausichtslos. Wir müssen uns darauf beschränken, ihnen die heuchlerische Maske vom Gesicht zu reißen, mit der sie versuchen, uns zu täuschen, und sie zu vernichten, und nur im geringsten zu binden. In dieser schweren Zeit bringt uns nur der entschlossene Wille zum Durchhalten dem Frieden näher. Die schwere Zeit des Krieges nenne ich nicht, weil wir im Westen zurückgegangen. Wir haben Vertrauen zu unseren bewährten Führern und zu unseren Truppen, daß sie auch künftig alle Durchbruchversuche zurückschlagen werden. Schwer aber ist unsere Zeit deshalb, weil der alte Mut und die alte Entschlossenheit in den Banken zu kommen scheinen. Wie erklärt sich das?

